

# Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger)



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.  
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tagesblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meissen, sowie des Gemeinderats Riesa.

Postkontonummer: Dresden 1539  
Postfach Riesa Nr. 32.

Nr. 277.

Mittwoch, 29. November 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7,30 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und feiertage. Bezugspreis, gegen vorauszahlung, monatlich 1,20 M., vierteljährlich 3,60 M., halbjährlich 6,00 M., jährlich 10,80 M. Auswärts sind die Postgebühren zu zahlen. Preis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (8 Silben) 40.- M.; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachweilungs- und Vermittlungsgebühr 8.- M.; feste Tarife. Bemühter Rabatt erlischt, wenn der Betrag veräußert, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Kühler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — ist der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Verantwortlich für den Inhalt: Arthur Kühler, Riesa. Druckerei: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Zur Bemessung des Wertes der Sachbezüge bei der Unfallversicherungsversicherung sind für den Bezirk der Stadt Riesa vom 1. November 1922 ab bis auf weiteres die folgenden Ortspreise festgesetzt worden. Versicherungsamt beim Rat der Stadt Riesa, am 27. November 1922.

Gruppe der Versicherten	Für eine einzelne Person						Für eine Familie				
	Verpflegung					Wohnung	Beleuchtung	Wohnung	Feuerung	Beleuchtung	
	teilweise				volle						jährlich
	Frühkaffee	Frühstück	Mittagsessen	Abendbrot	jährlich	Einzelzimmer	Einzelzimmer	Einzelzimmer	M.	M.	M.
M. täglich					M.	M.	M.	M.	M.	M.	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Betriebsbeamte, Werkmeister, andere Angestellte in einer ähnlich gehobenen oder höheren Stellung, Büroangestellte, Handlungsgehilfen, Gehilfen in Apotheken, Bühnen- und Orchestermitglieder, Lehrer und Erzieher	4	7	30	15	20 430	2700	1800	720	1800	2400	1500

Unter dem Verbleibende des Gutsbesizers Hermann Gausch in Gröbba ist die Maul- und Klauenseuche amtlich festgestellt worden. Verzechie: Gröbba mit Rittergut, mit Ausnahme von Neuaröbba und des Bahnhofsgebiets. Beobachtungsgebiet: Ortsteil Neuaröbba und das Bahnhofsgebiet Riesa, Forberge, Merzdorf, Rittergut Merzdorf und Pochra mit Vorwerk Pochra.

Zu widerstandlungen gegen die einschlägigen Bestimmungen werden bestraft. Großenhain, am 28. November 1922. 1954 E. 1. Amtshauptmannschaft.

Das Oberversicherungsamt Dresden hat auf Grund der §§ 938 und 938a der Reichsversicherungsordnung in der Fassung der Artikel VII und VIII des Reichsgesetzes über Änderungen in der Unfallversicherung vom 11. April 1921 den durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst sowohl der landwirtschaftlichen als auch der forstwirtschaftlichen Arbeiter für den Bezirk des Oberversicherungsamtes Dresden für die Zeit vom 1. Januar 1923 an folgendermaßen neu festgesetzt:

- 130 000 Mark für männliche } Versicherte über 21 Jahre,
- 90 000 Mark für weibliche } Versicherte von 16 bis 21 Jahren,
- 100 000 Mark für männliche } Versicherte von 16 bis 21 Jahren,
- 75 000 Mark für weibliche } junge Leute von 14 bis 16 Jahren,
- 70 000 Mark für männliche } junge Leute von 14 bis 16 Jahren,
- 60 000 Mark für weibliche } junge Leute von 14 bis 16 Jahren,
- 30 000 Mark für Kinder beiderlei Geschlechtes unter 14 Jahren.

Nach § 3 Abs. 2 der fächlichen Ausführungsverordnung vom 20. Dezember 1912 wird diese Festsetzung, die für die Bezirke der unterzeichneten Versicherungsämter zu gelten dat, hiermit bekannt gemacht.

Großenhain und Riesa, am 27. November 1922. Die Amtshauptmannschaft, Versicherungsamt. Rat der Stadt Riesa, Versicherungsamt.

Das unterzeichnete Amtsgericht hat das Aufgebotsverfahren zum Zwecke der Todeserklärung des am 11. Oktober 1838 in Köppich, Kreis a. L., geborenen, zuletzt bis Mitte Mai 1915 in Riesa, Köpferstraße 18, wohnhaft gewesenen Privatmannes Johann Christian Heinrich Stark eingeleitet. Er hat sich Mitte Mai 1915 aus seiner Wohnung entfernt und ist nicht zurückgekehrt. Der Antrag ist gestellt vom Vizeger, dem Lokomotivführer Ernst Richard Stark in Riesa. Als Aufgebotsfrist vor dem hiesigen Amtsgericht wird der 8. Mai 1923, vormittags 9 Uhr bestimmt. Es ergeht hierdurch die Aufforderung, 1) an den Verstorbenen, sich spätestens im Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird, 2) an Alle, die Auskunft über Leben oder

Tod des Verstorbenen zu geben vermögen, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht hieron Anzeige zu machen. Riesa, am 23. Oktober 1922. Das Sächsische Amtsgericht.

Auf Blatt 584 des Handelsregisters, die Commerz- und Privat-Bank, Aktiengesellschaft, Filiale Riesa in Riesa, Zweitanleiherklärung der Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft in Hamburg etc., ist heute eingetragen worden: Die §§ 13, 15, 17, 18, 19, 20, 22, 23, 26, 29 des Gesellschaftsvertrages sind durch Beschluß der Generalversammlung vom 4. Juli 1922, laut Notariatsprotokoll von demselben Tage, abgeändert worden.

Das stellvertretende Vorstandsmitglied Leo Moriz Ebum ist durch Tod ausgeschieden. Dr. Otto Fischer und das bisherige stellvertretende Vorstandsmitglied Wilhelm Horn, beide in Berlin, sind zu ordentlichen Mitgliedern und Ludw. Berliner, Carl Goch, beide in Berlin, und Dr. jur. Ernst Linde in Hamburg sind zu stellvertretenden Mitgliedern des Vorstandes bestellt worden. Amtsgericht Riesa, den 24. November 1922.

## Strassenumbenennung.

Wir geben hiermit bekannt, daß dem bisherigen „Lommascher Weg“, der die Verlängerung der Lommascher Straße von der Speicherstraße bis zur Stadtkirchengrenze bildet, alsbald die Bezeichnung „Lommascher Straße“ beilegt worden ist. Entsprechende Umnennungen der an diesem Strassenzuge gelegenen Hausgrundstücke wird erfolgen.

Der Rat der Stadt Riesa, den 27. November 1922. Sam.

Die Kirchengemeinde leidet schwer unter der andauernden Geldentwertung. Sie muß darum an ihre freiwilligen Glieder mit der Bitte herantreten, ihr den Kirchensteuerbetrag für 1922 freiwillig und vorläufig zu entrichten. Eine Verordnung der obersten Kirchenbehörde, die im Einvernehmen mit den beiden Landesfinanzämtern erlassen ist, gibt zu diesem Vorhaben das Recht. Um die Zahlung zu erleichtern, haben sich Mitglieder der Kirchengemeinde-Vereinbarung erboten, ehrenamtlich die Steuern in den Häusern abzuholen. Es wird darum die Bitte ausgesprochen, für diese mit Ausweis versehenen Herren, die von den nächsten Tagen an die Steuern erbitten werden, den Steuerbetrag bereitzustellen. Der Betrag soll so hoch wie der für 1921 sein; aber es wird dringend gebeten, ihn womöglich zu vermindern. Die Einhebung erfolgt auf Grund der Liste von 1920 21. Ueber die Zahlung wird Mitteilung erteilt, die später bei Entrichtung der endgültigen Kirchensteuer für 1922 in Zahlung an die Steuerbehörde zu geben ist. Weida, am 28. November 1922. Der Kirchenvorstand.

## Das Gewitter über'm Rhein.

Es bedurfte keiner besonders geübten und erfahrenen Wetterpropheten, um aus den Lausanner Ereignissen und dem Hin und Her französisch-englischer Besprechungen sowie aus der Begleitmusik der Mosklinerden die richtige Prognose zu stellen. In einer wirklich nicht böswilligen Note an die Reparationskommission hat Deutschland darum gebeten, daß man ihm durch Gewährung einer Atempause und der notwendigen finanziellen Unterstützung neue Kraft zur Weitererfüllung gewähre. Seinerseits hat das Deutsche Reich ebenfalls alle nur möglichen und verlangten Sanierungsmaßnahmen im Innern angeordnet. Auch die neue Reichsregierung hat sich auf den Boden dieses Beschlusses gestellt, da es im Augenblick gar keine andere Möglichkeit zu politischer Wirkung gibt. Die Antwort auf diese Anerbietungen wird mit Sorge erwartet. Nebenbei laufen Gerüchte von angeblichen Anerbietungen, die führende Männer der deutschen Wirtschaft dem Herrn Barthou im Falle des Zustandekommens einer Rechtsregierung angebotlich gemacht haben sollen und auf deren Abwehrtreten Barthou sich anordlich mit seinen Forderungen stützt. Es ist Sache der Reichsregierung, die ja gerade zu den angriffenen Wirtschaftskreisen gute Beziehungen unterhält, diese Andeutungen selbst richtig zu stellen oder richtig stellen zu lassen. Was Frankreich anheimend im Einvernehmen mit dem in der Orientfrage augenblicklich gefesselt England beabsichtigt, ist so unabweislich, daß der Voicars-Vollik auch nicht der Schein formalen Rechtes gefahren werden darf. Im Elysee hat unter dem Voris Millerands, wie das berichtet, eine Konferenz stattgefunden. Gegenüber den Verhandlungen sind die Maßnahmen gewesen, die als Folge des schon ins Auge gefassten Scheiterns der Brüsseler Konferenz und der Bismarck-Erklärung Deutschlands getroffen werden sollen. Wie verlautet, ist in erster Linie eine engere Einverleibung des besetzten Rheinlandes in den Machtbereich Frankreichs geplant, und zwar auf dem Wege einer Durchdringung der Verwaltung mit französischen Vertrauensleuten unter gleichzeitiger Beilegung der bisherigen Beamten. Weiterhin ist die Befehung von zwei Drittel des Ruhrgebietes einschließlich Essens und Wodums ins Auge gefaßt. Hierdurch beabsichtigt man, sich die Kohlenlieferungen zu sichern. Für die Ruhrbefehung scheinen auch andere als rein militärische Formen ins Auge gefaßt zu sein.

In dem Augenblicke, in welchem Deutschland seine Regierung neu gestaltet hat, beginnt Frankreich also mit roher Brutalität sein altes Spiel. Rücksichtslos wird die deutsche Währung in den Abgrund hinabgestoßen, aus welchem sie mühsam einige Schritte herauszuheben sich bemühte. Die geradezu schamlosen Absichten hinsichtlich des Rheinlandes sind in der Reichstagsrede des neuen Kanzlers

gebührend zurückgewiesen worden. Diejenigen, für deren Ohren die Willensklärung Cunos bestimmt war, werden verstanden haben. Trotzdem berichtet allen Nachrichten aus dem Rheinlande zufolge in Deutschlands Westmark bitterste Sorge, die angehts unzerer tatsächlichen Ohnmacht ja nur zu verständlich ist. Es läßt sich nicht verhehlen, daß weitere Kreise als bisher sich in einer Art Verzweiflungsschrittung mit den Gedanken einer Veränderung der Verhältnisse bereits vertraut zu machen beginnen. Solche Stimmungen dürfen nicht einreisen. Unerklärliche Aufgaben warten der Regierung.

Der „Temps“ verucht, den gestrigen Pariser Morgenblättermeldungen über die Konferenz im Elysee ihren sensationellen Charakter zu nehmen und sagt, die Stellung Frankreichs habe sich seit der Erklärung Cunos im Reichstage nicht geändert. Man wisse nicht, ob die Partei der deutschen Industriellen mit der Reparationskommission, als diese sich in Berlin befunden habe, nur ihr Ziel getrieben und sie benutzt habe, um die Macht an sich zu reißen. Jedenfalls sei seit Uebernahme der Regierung durch den jetzigen Reichskanzler Frankreich um mindesten ebenso stark wie unter seinem Vorgänger davon bedroht, nicht das zu erhalten, was ihm ansteh.

Der größte Teil der gestrigen Pariser Morgenpresse äußert sich zu der Beratung im Elysee ausmündend. „Arauc“ schreibt: Der Gerichtsvoigleier wird diesmal, begleitet von Kommissaren und von Gendarmerie, Schützigen vornehmen. Schon seit vielen Monaten hätte die Operation durchgeführt werden müssen, es ist aber besser, daß man sie geduldig gewartet ist. „Ceuvre“ dagegen fragt, ob es die beste Art sei, die Brüsseler Konferenz dadurch vorzubereiten, daß man schon jetzt ihren Mißerfolg ins Auge faße. Der sozialistische „Populaire“ überreicht seinen Artikel mit den Worten: „Man bereitet Zummheiten vor“. Wie leicht habe Voicars seine ministerielle Lage dadurch konsolidieren wollen, daß er den Schanzmachern des nationalen Blodes eine wage Verleibung gebe. „Ere Nouvelle“ schreibt: Wir können nur die Faltung der deutschen Großindustriellen bedauern, die in gewisser Nähe eine Zwangspollik legitimiert hat. Ihre ungeschickten Versuchen über Frankreich, ihre rein negative Stellungnahme zur Reparationsfrage haben die Anhänger des Entgegenkommens entmutigt und die Argumente der Anhänger der starken Methode gestärkt. „Journal“ erklärt, die einzigen Männer, die Deutschland wieder hochbringen könnten, hätten in klarer Weise ihren Willen bekundet, sich den Reparationszahlungen zu entziehen. Unter diesen Umständen bleibe den Gläubigern nur die Wändung übrig. Das sei die Lösung, die die französische Regierung auf der Brüsseler Konferenz, wenn sie zummentrete, vorschlagen möße. Das sei die Lösung, die sie anwende, was auch komme. Die Berichte der französischen Presse über eine drohende

französische Befehung des Rhein- und Ruhrgebietes finden in der Londoner Abendpresse große Beachtung. Von maßgebender englischer Stelle verlautet, daß keinerlei Mitteilungen in diesem Sinne von seiten der französischen Regierung erfolgt seien. Im englischen Unterhaus teilte Bonar Law mit, er hätte keine Informationen, die ihn zu der Erklärung berechtigen, daß die Befehung des Ruhrgebietes durch die Franzosen bevorstehe. Das Parliamentsmitglied Wedgwood frante hierbei: Würde die Regierung, wenn irgendwelche Schritte in dieser Richtung getan werden würden, vorher darüber unterrichtet werden? Bonar Law erwiderte: Natürlich!

Zu der vorgestriken Beratung im Elysee schreibt der „Berliner Lokalanz.“: Was will Voicars tun? Er will ohne den Schatten eines Rechts den Friedensvertrag von Versailles auf das rücksichtsloseste brechen. Für uns kann es nichts anderes geben, als daß wir überall in der Welt darauf aufmerksam machen, welche schamlose Verewaltung unter faßelcheinigten Formen des Rechts begangen werden soll, da Frankreich unter Voicars die Stunde gekommen glaubt, seinen elagren machtpolitischen Traum von der Abriegelung und der Zerstückelung Deutschlands sowie seiner wirtschaftlichen Verklaffung in die Tat umsetzen zu können. Die „Germania“ betont: Aus den Pariser Beschlüssen geht klar und deutlich hervor, daß es der französischen Reparationspolitik viel mehr auf die Befehung der politischen Einheit und der letzten wirtschaftlichen Macht Deutschlands als auf den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ankommt. Das „Verl. Tagesbl.“ kommt zu dem gleichen Schluß und sagt: Bei alledem läßt dann die Gesellschaft des Bloc national in Europa und Amerika verstanden, jeder Gedanke an Imperialismus liegt ihr fern, was ihr allerdings niemand glaubt. Woraan und alle Finanzmänner der Welt haben auf das entscheidende erklärt, die internationale Anleihe, durch die allein Frankreich Geld erhalten kann, sei unmöglich, wenn die französische Regierung nicht auf die Politik der Gewalt verzichten will. Das erste Ergebnis der unter dem Weistand des Marshalls Foch geschmiedeten Pläne ist der erneute Sturz der Mark. Der „Vorwärts“ hebt hervor: In Frankreich gibt man sich hoffentlich keiner Täuschung hin, mit welchen Gefühlen gerade die deutsche Arbeiterkass bis auf den letzten Mann und die letzte Frau der gegenwärtigen Politik Frankreichs gegenübersteht. Wie immer wir auch zu der deutschen gegenwärtigen Regierung stehen, es wird ein hohes Spiel gespielt, und wir haben den Wunsch, daß Voicars es verliert.

Nach einer Meldung des „Lokalanz.“ wird der auswärtsige Ausbruch des Reichstages am Donnerstag vormittag zusammentreten. Es sollen vor allem Ostfragen behandelt werden. Jedoch rechnet man dem Blatte zufolge in parlamentarischen Kreisen damit, daß auch das Rheinlandsproblem beraten und daß sich der Reichsminister des

Kaufmännigen Dr. Rosenbergs möglicherweise dazu äußern werde.

Aus New York wird gemeldet: Das frühere Kongressmitglied Borchers erstuchte Harding, vom Kongress einen Kredit von 50 Millionen Dollar zu fordern, der Deutschland zum Ankauf amerikanischer Waren gewährt werden soll. Es ist nicht bekannt, wie Harding den Vorschlag aufgenommen hat.

Wie aus Washington gemeldet wird, erklärte Senator Hitchcock im amerikanischen Senat zur Frage farbiger Besatzungsstruppen und der Unterdrückung von Marokkanern und Algeriern in deutschen Häusern, dies sei ebenso verwerflich, wie die Unterdrückung von Negern. Deutschen Besatzungen sei es verboten worden, Nachrichten über die an deutschen Frauen begangenen Verbrechen zu veröffentlichen. Clemenceau sei in seinen Erklärungen leichtfertig, wie er immer gewesen sei.

Im englischen Unterhaus wurde seitens der Regierung festgestellt, daß die Stärke der britischen Besatzungsstruppen in Deutschland am 1. November 1922 552 Offiziere und 8138 Mann betragen habe. Die Besatzungskosten bis 31. Juli 1922 hätten 54 659 000 Pfund Sterling ausgemacht.

### Die Kaufmännische Friedenskonferenz.

Die Konferenz gab gestern folgende amtliche Erklärung heraus: Der Wirtschaftsausschuss und Finanzausschuss trat heute um 3 Uhr zusammen. Hinet Wolfa und Benjeloß legten die Ansicht ihrer Abordnungen über die drei folgenden Punkte dar: Verteilung der öffentlichen ottomanischen Schulden, Zurückzahlung der Besatzungskosten, Wiederherstellung der angegriffenen Schädigen. Hinsichtlich vertrat die Auffassung seiner Regierung über die Verteilung der Schulden. Barrere legte den Standpunkt der Alliierten über die im Verlaufe der Debatte aufgeworfenen Punkte dar. Die Auseinandersetzungen über die Finanzangelegenheiten werden in der Unterkommission fortgesetzt werden. Die dritte Unterkommission (Säle und Handel) tritt morgen um 10,30 Uhr vormittags zusammen, der Ausschuss für territoriale und militärische Fragen nachmittags 4 Uhr.

### Das Urteil im griechischen Hochverratsprozess.

In dem Hochverratsprozess in Athen wurden Gumaris, Soratos, Protospanolis, Theofanis, Baltasais und General Gabjanetis zum Tode, Admiral Gondas und General Stratigis zu lebenslänglichem Gefängnis und Degradation verurteilt. Die zum Tode verurteilten Personen sind gestern hingerichtet worden. Die Hinrichtung ist durch Erschießen erfolgt. — Der britische Gesandte in Athen Lindley suchte unverzüglich nach der Hinrichtung der 6 griechischen Minister und Generale um seine Pässe nach und teilte den griechischen Behörden mit, daß er nach Instruktionen seiner Regierung Athen zu verlassen habe. Er reiste gestern abend nach Lausanne ab, um Lord Curzon Bericht zu erstatten. — Aus London wird gemeldet: Infolge der Hinrichtung der früheren Minister in Athen ist man in London politischen Kreisen außerordentlich erregt und man bezeichnet die Tat als eine Rückkehr zur mittelalterlichen Barbarei. Eine andere Wirkung wird sein, daß die finanzielle Hilfe, die England, Frankreich und die Vereinigten Staaten Griechenland gewährt hatten, eingestellt wird.

### Mussolini über seinen Gewaltreich.

Im italienischen Senat fand am Montag über die Erklärungen der neuen Regierung eine Debatte statt. Mussolini erklärte: Nach langer Ueberlegung habe er eine ungeschickte Aktion durchgeführt. Es hätte eben kein anderes Mittel gegeben, die sehr ermüdete politische Welt mit neuer Kraft zu erfüllen. Aber sofort habe er seine Aktion unterbrochen und mit seinem Siegel habe er keinen Mißbrauch getrieben. Er hätte das Parlament schließen und die Diktatur proklamieren können; er habe aber im Gegenteil alles den höchsten Interessen der Nation untergeordnet. Wenn es sich um die Interessen des Vaterlandes handelte, so kenne er keinen Fetisch, nicht einmal den Fetisch der Freiheit. Die Regierung habe das Recht zu intervenieren, wenn die Presse versuche, das die Freiheit ihre Pflichten habe. Er habe nicht die Absicht, sich außerhalb der Gesetze zu stellen und er liebe die Improvisationen nicht. Es gäbe im Leben der Völker fundamentale Punkte, die man achten müsse. Aber er wolle eine nationale Disziplin und die Herrschaft des Gesetzes. Die Freiheit sei keine Zügellosigkeit, und es sei unmöglich, Neutralität zu wahren zwischen denjenigen, die arbeiten und bereit sind, sich für die Nation zu opfern, und den Feinden der Nation. Niemand könne behaupten, daß die Politik reaktionär sei. Er werde auch keine antiproletarische Politik treiben, denn er wolle das Proletariat nicht unterdrücken, er wolle es vielmehr aus seiner es demütigenden und niedrigen Lage wieder aufrichten, es materiell und geistig heben. Denn er sei überzeugt, daß nur dies die Nation einigen werde. Ruhe und Eintracht würden den Arbeitern viel nützlicher sein, als eine schwindelbaste sozialistische Politik. Zur äußeren Politik übergehend erklärte Mussolini, die Verträge würden geachtet werden. Die Regierung werde eine äußere Politik treiben, die keine Abenteuer sucht, die aber auch keinen Verzicht in sich schließt. Er werde keine imperialistische Politik treiben oder unbillige Dinge zu erreichen suchen, aber man dürfe von vornherein nicht absolut auf jede Gewaltanwendung verzichten, weil man sonst vor den anderen Nationen wehrlos dastände. Es sei ihm gelungen, den Verbündeten und auch den anderen Völkern begreiflich zu machen, daß Italien ein von kräftigem Leben erfüllter Organismus ist, der das Bestreben hat, mit eigener Kraft sein Glück in der Zukunft zu machen. Italien wolle den anderen nicht als geborgene Dienerin folgen, sondern wolle seine Rechte fordern und seine Interessen verteidigen. Der Senat nahm einstimmig die Tagesordnung an, die der Regierung das Vertrauen ausspricht.

### Bolschewismus und Faschismus.

Aus Rom wird geschrieben: Der Sieg des Faschismus in Italien wird von der russischen bolschewistischen Presse mit großen Sorgen besprochen. Auch auf dem 4. Kongress der Kommunistischen Internationale äußerten sich eine ganze Reihe kommunistischer Delegierter über die Bedeutung von Mussolinis Sieg. Nadel vertrat in seiner längeren Rede, die der „Offensive des Kapitals“ gewidmet war, den Standpunkt, daß der Sieg des Faschismus in Italien die größte Niederlage des Sozialismus und Kommunismus seit Beginn der Weltperiode der Revolution darstelle. Der Sieg des Faschismus ist nach Nadel's Ansicht das Ergebnis des geistigen und politischen Bankrotts des gegenwärtigen italienischen Sozialismus und der Arbeiterbewegung in Italien. Nadel fürchtet, daß schon in den nächsten Monaten der Sieg des Faschismus in Italien auch in der deutschen und in der tschechoslowakischen Arbeiterbewegung in dieser oder jener Form durch größere Aktivität nationaler Arbeiterkreise sich äußern werde. Im Uebrigen tröstete Nadel die kommunistischen Delegierten damit, daß die gegenwärtige „Welle der Gegenrevolution“, die sich in der ganzen Welt bemerkbar mache, nicht von langer Dauer sein könne, da sie eine Verhäufung der Verzweiflung sei. Die Gegenrevolution werde den Massen weder Brot noch Frieden bringen können. Der italienische Kommunist Bordiga machte auf dem Kongress der Kommunistischen Internationale die interessante Mitteilung, daß Mussolini bereits im Jahre 1915 von

Frankreich Geld erhalten habe und daß die italienischen Sozialisten nicht unternommen hätten, um die Geldquellen der Faschisten auszudehnen. Bordiga versicherte dann, daß die Kommunisten Italiens alles tun werden, um zu einer wirklich revolutionären Partei mit einem klaren Programm und eiserner Disziplin zu werden, und daß die kommunistische Internationale sich der italienischen kommunistischen Partei nicht zu schämen brauchen werde.

### Innenpolitische Fragen.

Wie die Berliner Blätter mitteilen, beschäftigte sich gestern im preussischen Ministerium des Innern eine Konferenz der Oberpräsidenten mit der innerepolitischen Lage und den Angelegenheiten des Winters notwendigen wirtschaftlichen Maßnahmen. Im Vordergrund stand die Ernährungsfrage. Der Landwirtschaftsminister richtete einen eindringlichen Appell an die Oberpräsidenten, dafür zu sorgen, daß das Umlagegetreide unbedingt reiblos eingebracht wird. Nach der „Vossischen Zeitung“ will die Regierung absehbare 10 Prozent vom Umlagefoll nachlassen, da die Abnehmer nicht leisten können. Preußen wird beim Reich eine Streckung des Brotgetreides mit Hilfe von Kartellstellen beantragen.

Einer Korrespondenzmeldung zufolge ist beabsichtigt, für das preussische Staatsgebiet den Tanz beim 1. u. 2. u. 3. Tee, sowie in Luxus- und Schlemmerkaffeehäusern allgemein zu verbieten. Ferner ist für das Reich eine Neuordnung des Schankwesens bahnaehend geplant, das Brauwesen abends nicht mehr ausgeführt werden darf.

Kaufmannsvereine sind die Höhe und Gehälter der Arbeiter und Angestellten in der obersteilischen Rüstungsindustrie für November in einer vom Reichsarbeitsministerium geleiteten Verhandlung teils durch Vereinbarungen, teils durch einen Schiedsspruch geregelt worden.

Wie eine Korrespondenz erzählt, werden am Montag im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen über die Dezemberlöhne im Bergbau geführt. Die Erhöhung beträgt im Durchschnitt 7 bis 8 Prozent für das Ruhrrevier, Rhein und Obersteilchen 7 bis 8 Prozent. Das Ueberhöhenabkommen wurde im Hinblick auf die Feterstage vom 18. Dezember bis zum 15. Januar ausgesetzt.

In der Badischen Anilin- und Sodafabrik ist ein ausgedehnter Streik ausgebrochen. Hervorgehoben wurde er durch die Entlassung dreier Arbeiter, die ohne Urlaub zu dem von kommunistischer Seite nach Berlin einberufenen Betriebsratkongress gereist waren. Das Dpauer Werk ist vollständig stillgelegt, während im alten Werk in Ludwigshafen noch gearbeitet wird. Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts sind im Gange.

Durch Schiedsspruch des vom Reichsarbeitsministerium eingesetzten Sonderprüfungsausschusses wurde den Betriebsarbeitern eine Gehaltszulage von 7 u. 8 bis zum 1. Januar 1923 zugesprochen. Bei der Urabstimmung wurde der Schiedsspruch mit großer Mehrheit abgelehnt, da die Arbeiter sich mit der Bindung bis zum Ende dieses Jahres nicht einverstanden erklärten. — Die Arbeitgeber hatten dem Schiedsspruch zugestimmt.

### Die Sanierung des Postbetriebs.

Die gestrige Sitzung des Verkehrsbeirates beim Reichspostministerium war ausgefüllt mit einer eingehenden Aussprache über die Sparmaßnahmen, die die Reichspostverwaltung zur Sanierung ihres Betriebes in der nächsten Zeit zur Durchführung bringen soll. Der Ausschuss lag eine Denkschrift des Geheimrates Feld von der Bayerischen Volkspartei zugrunde, die bemerkenswerte Vorschläge über die Sanierungsmaßnahmen bei der Reichspost enthält. Wie die Telegraphen-Union mitteilt, sind in der Denkschrift folgende Forderungen und Anträge enthalten:

Bestellung der Mehrzahl der Beamten und Verwaltungsstellen und Rückführung des Gehaltsstandes des Personals auf den Stand des Jahres 1918. Einleitung einer selbständigen Kommission bei jeder Oberpostdirektion mit diesem Aufgabenbereich. Ueberzähliges Personal ist in geringwertigen Diensten zu verwenden. Reorganisationsmaßnahmen und Zurückführung des Gehaltsstandes des Personals durch den Abschluß von Uebernahmeverträgen mit den Dauerordnungsbeamten auf die Reichspost. Uebertragung von der Entlohnung nach Zeit zur Vergütung nach Leistung und Einführung von Akkord und Prämien. Beförderung nach Tüchtigkeit. Auslese besonders tüchtiger Beamter für wichtige Stellen. Eine Verringerung der Organisationsführung durch Ausschlebung von Kompetenzen aus dem Reichspostministerium und deren Ueberweisung an die Oberpostdirektionen. Die Minderung der Referate beim Ministerium und eine Einschränkung der höheren Beamtenstellen. Vereinfachung der Kontrolle und Revisionen und Minderung des hierzu verwendeten Personals. Bildung von Interessengemeinschaften mit den Lieferungsfirmen der Reichspost. Neuaufbau des Haushaltes im Sinne des Ausschlebens der Personalausgaben für das zur Aufrechterhaltung des Postbetriebes notwendige Personal und des überzähligen Personals. Ferner eine Entscheidung im Sinne der nicht zu dem eigentlichen Postbetrieb gehörigen Ausgaben. Größere Selbständigmachung der Reichspostverwaltung gegenüber dem Reichsfinanzministerium.

Ein Vertreter des Reichspostministeriums machte ausführliche Mitteilungen über das Sparprogramm der Reichspostverwaltung, wobei er besonders auf die Forderungen von Geheimrat Feld einging. Seinen Ausführungen über die bereits durchgeführten oder in der Durchführung begriffenen Maßnahmen entnehmen wir folgendes: „Ihre besondere Sorge muß bei der Reichspostverwaltung dem Aufbau überflüssigen Personals zu; gegenüber 410 000 Köpfen vom Stande des Jahres 1921 seien am 1. April 1922 nur noch 336 000 ständige Betriebsposten vorhanden gewesen. Zehntausend Beamte seien in der letzten Zeit an die übrige Reichsverwaltung abgegeben worden. Hier würden im Laufe der nächsten Zeit noch mehr Beamte der Reichspost untergebracht werden können, da die übrigen Reichsbediensteten über 14 000 Stellen gemeldet hätten. In mehreren technischen Betrieben sind Prämien und Akkordarbeit bereits eingeführt.“

In die Ausführungen des Vertreters der Reichspostverwaltung schloß sich eine sehr rege Aussprache an, an der sich u. a. Geheimrat Feld und auch Reichspostminister Stengel beteiligten. Reichspostminister Stengel erklärte u. a., die Presse sei ein Sorgenkind der Reichspost. Es ginge aber nicht länger an, daß die Post weiter Tugende Mähdarben für sie ausbeute.

Die heutige Sitzung wird sich mit den Vorschlägen über eine neue Gebührenerhöhung befassen.

### Die Zahl der preussischen Beamten.

Aus Berlin wird gemeldet: In ihrer Erklärung vom 27. November beruht sich die Agence Havas in der Angelegenheit der Zahl der preussischen Beamten auf den Bericht, den der demokratische Abgeordnete Bartsch (Dannover) dem Weussischen Landtag erstattet hat. Dazu bemerkt jetzt der Abgeordnete Bartsch: Havas übersteht, daß in dem Wehr von 80 275 Personen gegenüber dem 1. April 1914 81 574 Angehörige der Schutzpolizei enthalten sind, worauf ich in dem Bericht ausdrücklich hingewiesen habe. Die Notwendigkeit der Schutzpolizei, die natürlich 1914 nicht bestand, wird wohl auch von französischer Seite nicht bestritten werden können. Das verbleibende Wehr von 18 700 Personen findet seine

natürliche Erklärung in der Notwendigkeit der Ausführung der zahlreichen, durch die veränderten staatslichen und wirtschaftlichen Verhältnisse notwendig gewordenen neuen Werke und Verbesserungen. Uebrigens ist dieser Ueberblick innerhalb bereits zu einem erheblichen Teil abgearbeitet worden. In den Verzeichnissen vom 1. April 1914 sind natürlich die Beamten, Hilfsbeamten und Angestellten der Verwaltungen (Eisenbahn, Finanzverwaltung) nicht enthalten, die nachher auf das Reich übergegangen sind.

### Tagesgeschichte.

#### Deutsches Reich.

„Das Vergangene müsse verstanden sein.“ Von Bremerhaven wird gemeldet: Zur Besichtigung ihres neuen auf Velleferung eingerichteten Drellschraubendampfers „Wittsburg“ hatte die White-Star-Linie gestern Einladungen ergehen lassen. Bei dem Frühstück, das sich an die Besichtigung des prächtigen Schiffes angeschlossen, von dessen Vortoppe die deutsche Flagge wehte, beehrte Direktor Concanan die Gäste, indem er betonte, daß das Vergangene verstanden sein müsse, und es als ein bemerkenswertes und erfreuliches Zeichen begrüßte, daß in demselben Augenblick, in dem die englischen Wahlen einen Geschäftsmann als Premierminister bestätigt hätten, der Leiter der Hamburg-Amerika-Linie die Leitung der Reichsgeschäfte übernommen habe. Das englische Volk wünsche ihm den besten Erfolg. Der Handel und Verkehr lege im gemeinsamen Interesse aller Nationen. Geheimrat Stimming erwiderte mit herzlichem Dankesworten und gedachte der völkerverbindenden Bedeutung der Ozeane. Die Ausdehnung der Reichsgeschäfte in Preußen. Der preussische Staatsrat stimmte einer Novelle zum Einkommensteuergesetz der Beamten und Volksschullehrer zu, wonach die Ausgleichszulage auf 180 Prozent und die übrigen Bezüge entsprechend der Regelung im Reich erhöht werden.

Die Uebertragungen in Braunschweig. In der gestrigen Sitzung der braunschweigischen Landesversammlung wurde zum Mitglied des braunschweigischen Staatsministeriums der Reichstagsabgeordnete Bonterr, Redakteur des Volksfreundes in Braunschweig, gewählt. Hierauf gab Minister Monneburg eine eingehende Darstellung der letzten Demonstrationen und Uebertragungen. Er hob besonders hervor, daß fast ausschließlich jüngere Personen bei den Uebertragungen daran beteiligt gewesen seien, die die kommunistischen Versammlungen dazu ausgebeutet hätten. Der Minister teilte eingehend mit, was von Seiten der Regierung bereits geschehen sei oder noch geschehen werde, um die Ernährung der Bevölkerung zu angemessenen Preisen sicherzustellen.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen. Wie den Berliner Blättern zu den Dresdener Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen von ausländischer Seite mitgeteilt wird, schrelen die unpolitischen Verhandlungen fort. Schwierigkeiten haben sich bei den Verhandlungen ergeben, die politischen Charakter tragen und auch bei der Frage der Entschädigung der Wanderarbeiter. Die Beratungen der Kommission über die Ostantenteurage rufen einflussreiche. Von einer Massenauflösung der Ostantenteurage zu einem bestimmten Termin ist nicht die Rede.

Todesstrafe gegen Schieber. Die Bayerische Mittelpartei brachte im Landtag einen Antrag auf Verhängung der Todesstrafe und Einziehung des gesamten Vermögens gegen Schieber ein, die der Verchiebung von Volkserzeugnissen und Fleisch aus Bayern ins Ausland überführt werden.

Dreifache Grundmiete in Preußen. Ueber die neuen Mietsteigerungen stellte gestern Wohlfahrtsminister Dirks im Preussischen Landtag mit, nach Vereinbarungen mit den Mietern und Vermietern habe sich die Regierung im allgemeinen dahin schlichtig gemacht, daß fortan angestanden werden sollen: für die Jungstiege bis zu 40 %, laufende Instandsetzungsarbeiten 200 %, evtl. 300 %, für große Instandsetzungen 150 %. Daneben besteht die sogenannte Aufwandsordnung, wonach die Mieter sämtliche Instandsetzungen in der Wohnung tragen müssen, weiter. In Berlin wird auf diese Weise bereits im Dezember die mindestens dreifache Grundmiete kommen. Dazu kommt noch die erhöhte Wohnungsabgabe.

Keine Versammlung der Smeetsanhänger. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet aus Köln, daß entgegen der von einigen Blättern gedachten Ankündigung keine Versammlung der Smeetsanhänger stattgefunden habe. Es verlautet allerdings gerüchelt, daß demnächst Versammlungen in Trier oder Bonn bevorstehen sollen.

#### Republik Oesterreich.

Die Verhandlungen mit der Studentenschaft. Die Verhandlungen des Rectors der Wiener Universität mit den Vertretern der deutsch-nationalen und der jüdischen Studentenschaft sind gestern nachmittags beendet worden. Aufgrund der Ergebnisse der Verhandlungen werden die Vorlesungen wieder ausgenommen werden. Der Rector hat eine Bekanntmachung erlassen, in der er der Vereinigung „Juda“ seine Mißbilligung ausdrückt, weil sie durch ihr Verhalten die Ruhe und Ordnung an der Universität gefährdet habe, und in der er der Erwartung Ausdruck gibt, daß die deutsche Studentenschaft in seinem Urteil eine ausreichende Benützung erliden und nunmehr zu friedlicher Arbeit zurückkehren werde.

Abgebrochene Sitzung des Bundesrates. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ aus Wien mußte gestern die Sitzung des Bundesrates abgebrochen werden, da bei der Stimmengleichheit der Sozialdemokraten einerseits und der Christlich-Sozialen und der Großdeutschen andererseits eine Zustimmung zu der Gesetzesvorlage über das Sanierungsprogramm nicht zu erreichen war. Der Bundesrat ist für Donnerstag neuerdings einberufen worden. Sollte bis dahin eine Einigung nicht erzielt werden können, so erklärte dem Blatte zufolge Bundeskanzler Seipel, er werde mit seinem Kabinett zurücktreten.

### Verliches und Sächliches.

Mies, den 29. November 1922.

Einleitung des Personenverkehrs Mies-Beithain (Lager-Bahnhof). Von Freitag, den 1. Dez. ab wird der Personenverkehr zwischen Mies und Beithain (Lager-Bahnhof) einseitig. Diezüge 295 ab Mies 7<sup>15</sup>, 297 ab Mies 2<sup>15</sup>, 298 ab Mies 8<sup>15</sup> und 299 ab Mies 3<sup>15</sup> werden deshalb letztmalig am 30. Nov. 1922 abgelassen.

Betrügerin. Anfang d. M. ist bei einer hiesigen Familie eine unbekannte Frauensperson erschienen mit der Angabe, daß sie Regenkleider reparieren. Sie hat auch zwei Regenkleider zum Reparieren erhalten und versprochen, die beiden Regenkleider in einigen Tagen wieder zurückzubringen. Die unbekannte Frauensperson, die sich Anna Schmidt bezeichnet und auf der hiesigen Wilhelmstraße wohnt, ist bis jetzt nicht wieder erschienen und hat auch die beiden Regenkleider nicht wieder abgegeben. Zweifellos handelt es sich in vorliegendem Falle um eine Betrügerin. Die fragl. Person wird wie folgt beschrieben: Etwa 20 bis 22 Jahre alt, 1,60 m groß, mittelkräftige Statur, dunkles Haar, beselbet gewesen ist sie mit einem dunklen Mantel und hat hohe Schnürschuhe getragen. Sollte die fragl. Frauensperson bei mehreren hiesigen Familien in gleicher Weise aufgetreten sein, so bittet die hiesige Polizei in der Polizeiwache um Nachricht.

Drei Gänse gekohlen. In der Nacht zum 29. 11. 22 sind von unbekanntem Täter aus einem Scherbergarten auf dem Wöllner Weg 3 schlachtreife Gänse (2 weiße und 1 schwarz-weißgefärbte) durch Einbruch gekohlen worden.

...wenn man ein ... hat und ...

...gegen die ...

...ein wohlhabendes Bauerlein ...

...Nachdem Sonntag, 3. Dezember ...

...Dresden. Ein Herr, der in ...

...wegen Ermordung seines Vaters ...

Die Siegerin.

Roman von Hans Schulze-Soran.

19. Fortsetzung.

Dann steckte er seine letzten ...

Das Büro der Firma ...

Darry London senior hatte ...

Er war sich nicht ...

Paul Hausmann war ...

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 8854 Mark.

25. August seinen Vater, der ihm ...

Montag die Verhandlung gegen ...

In der Verhandlung gegen ...

Bei der kürzlich abgeschlossenen ...

Beim Aufbruch zum ...

Der jugendliche Bankbeamte ...

Der Oberregierungssekretär ...

Im Hof kam ein 38-jähriger ...

Er schickte Harry seine Karte ...

Paul Hausmann hatte die ...

Es tut mir aufrichtig leid, Harry ...

Darry London hatte sich dem ...

Er war sich nicht ...

Paul Hausmann war ...

gelassen, weshalb er einen ...

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 29. November 1922.

Die Bedrohung des Rheinlands.

X Berlin. Die 'Kölnische Zeitung' ...

Paris. Trotz des amtlichen ...

Paris. Der 'Zeit Parisien' ...

London. Die heutige ...

Baunanne. Die Meldung ...

auf die leichte ...

Harry, was erlaubst du dir? ...

Du hast dir gar nichts zu ...

Die Worte ...

Mit einem ...

Zwei Minuten ...

Seine Berechnungen ...

Was sollte nun werden ...

In planloser ...

Seine verführte ...

(Fortsetzung folgt)

